

Deutsch-Polnischer Ausschuss tagte im polnischen Senat in Warschau:

# Austausch zur Finanzierung und Struktur des ÖPNV

Der Deutsch-Polnische Ausschuss der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat am 22. September 2023, und damit knapp drei Wochen vor der Parlamentswahl am 15. Oktober in Polen, in Warschau getagt. Den Schwerpunkt der Sitzung bildete auf Anregung der polnischen Mitglieder ein Austausch zur Finanzierung und Struktur des ÖPNV. Zudem hatten die Mitglieder Gelegenheit, sich mit den Abgeordneten des Senats zu besonderen Herausforderungen des Wahlkampfes und der anstehenden Wahl in Polen auszutauschen.

Ein Beitrag von  
Michael Schmitz

Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung des **Deutsch-Polnischen Ausschusses** am 22. September 2023 von dem Stellvertretenden Präsidenten des polnischen Senats, Michał Kamiński, der die wichtige Rolle der deutsch-polnischen kommunalen Zusammenarbeit für die gemeinsame europäische Zukunft hervorhob.

Auch der Vorsitzende des Deutsch-Polnischen Ausschusses des Senats, Benjamin Godyla, bekräftigte, dass in seiner Heimat Opolen die meisten Haushalte über tiefe deutsch-polnische Wurzeln verfügten und dort, aber auch in anderen Gebieten, die deutsch-polnische Zusammenarbeit für die Bürgerinnen und Bürger Polens äußerst wichtig sei. Er stellte den Teilnehmenden die deutsch-polnische Parlamentariergruppe des Senats vor, die auf Initiative von Armin Laschet gegründet und derzeit auf deutscher Seite von Michael Kretschmer geleitet wird. Godyla hob auch das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland und Polen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine hervor.

Der deutsche Vorsitzende des Ausschusses, Landrat Stefan Löwl, bedankte sich für die Einladung in den Senat und wies darauf hin, dass die europäische Zusammenarbeit vor dem Hintergrund aktueller und künftiger Herausforderungen unverzichtbar sei. Gerade



Foto: Michael Schmitz

Der Deutsch-Polnische Ausschuss des RGRE tagte am 22. September 2023 im polnischen Senat in Warschau

die Kommunalpartnerschaften bildeten die Basis für eine gelebte EU.

Der polnische Vorsitzende des Ausschusses, Piotr Głowski, betonte die wichtige Rolle des ÖPNV: Ohne eine angemessene, flächendeckende Anbindung an ein Verkehrsnetz bestehe durchaus die Gefahr, dass man große Teile der Wählerschaft verlieren könne. Die polnischen Mitglieder bekräftigten mehrfach den Wunsch, von Deutschland zu lernen und zu prüfen, ob gegebenenfalls deutsche Modelle in Polen genutzt werden könnten. Głowski berichtete weiter über eine massive Beeinflussung des Wahlkampfes durch polnische staatliche Medien und erklärte, dass er für ein Mandat im Sejm kandidiere.

## Zum Autor:

**Michael Schmitz** ist stellvertretender Leiter des Europabüros des Deutschen Landkreistages (DLT) und Koordinator des Deutsch-Polnischen Ausschusses in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Dr. Michał Wolański von der Warschauer Wirtschaftshochschule (SGH) führte als Experte des Polnischen Städtebundes die Teilnehmenden in die Thematik der Verkehrsstrategien auf kommunaler Ebene ein. Er erklärte, dass gemäß der „Strategie für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung“ in Polen unter anderem die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr bis 2030 um 30 Prozent steigen und die Verkehrsanbindung verbessert werden solle.

Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, setze Polen eine große Menge an nationalen und europäischen Mitteln ein. Jedes Jahr würden 4 Milliarden polnische Zloty (PLN) aus europäischen Mitteln für Investitionen und 2 Milliarden PLN an Eigenmitteln ausgegeben. Trotz daneben bestehenden erheblichen Investitionen durch die polnischen Städte – jährlich bis zu 10 Milliarden PLN – für den öffentlichen Nahverkehr, seien die meisten Bürgerinnen und Bürger noch nicht umgestiegen und nutzten vorrangig das Auto als Transportmittel.

Um die eigens gesetzten strategischen Ziele zu erreichen, bestehe die größte Herausforderung darin, die Entwicklung des Verkehrs auf regionaler Ebene mit der Stadtplanung zu koordinieren und eine kontinuierliche Finanzierung sicherzustellen. Wolański erklärte, dass derzeit die Ballungsräume Pläne für eine nachhaltige urbane Mobilität ausarbeiteten, um diese Herausforderungen anzugehen. Während der Nahverkehr in den Städten gut funktioniere, zeigten erhobene Daten, dass das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln außerhalb der Städte seit 2007 um 30 Prozent zurückgegangen sei. Als primäre Gründe führte er die finanzielle Ausstattung der gemeindlichen Ebene und Fragen der Organisationsstruktur an. Aus seiner Sicht sei es sehr sinnvoll, sich an deutschen Lösungen zu orientieren, wo die Landkreise für den Verkehr zuständig seien und es flächendeckende Verkehrsverbünde gebe.

Ein gutes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit stellte Waldemar Lasek, stellvertretender Direktor des Amtes für Infrastruktur in Warschau, vor. Der ÖPNV in Warschau bedient 34 Vorortgemeinden und zwei Bezirke mit fast einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern.

Michael Kauch, Stadtrat von Dortmund und Aufsichtsrat der Dortmunder Stadtwerke AG, berichtete zum Thema „ÖPNV und interkommunale Zusammenarbeit in der Metropolregion Rhein-Ruhr“. Die DSW21-Gruppe betreibe neben dem ÖPNV unter anderem auch den Dortmunder Hafen und



Foto: Michael Schmitz

den Flughafen Dortmund mit. Dabei fände eine Quersubventionierung – unter anderem durch Energie- und Wasserversorgung – statt. Kauch zeigte auf, dass das Fahrgastaufkommen in den letzten Jahren eher abgenommen habe, was wohl Homeoffice-bedingt sei.

Landrat Stefan Löwl stellte die Struktur und die Finanzierung des Münchner Verkehrs- und Tarifverbunds dar. Er erläuterte dabei insbesondere die Vorzüge eines Verbunds für die Anbindung kleinerer Gemeinden und des ländlichen Raums. Etwa ein Drittel der Kosten sei in München derzeit nutzerfinanziert, der Rest abgabenfinanziert. In München sei deutlich geworden, dass viele Freizeitverkehre auf den ÖPNV übertragen worden seien, auch seien viele Menschen vom Fahrrad oder zu Fuß auf ÖPNV umgestiegen. Zur Verkehrswende trage das 49-Euro-Ticket in München dagegen nur bedingt bei. Um die ländlichen Gebiete besser anzubinden, stellte Löwl dar, würden aktuell Lösungen für den Bedarfsverkehr erprobt.

Im Anschluss fanden angeregte Diskussionen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, die betonten, wie wichtig ein Austausch von Beispielen und Erfahrungen für beide Seiten sei. Die nächste Sitzung des Deutsch-Polnischen Ausschusses wird voraussichtlich – aufgrund der anstehenden Kommunalwahlen in Polen im Frühjahr – erst im Herbst 2024 in Bochum stattfinden. Da der bisherige polnische Vorsitzende, Piotr Głowski, bei der Parlamentswahl ein Mandat im Sejm gewonnen hat, wird die polnische Seite zeitnah eine neue Vorsitzende oder einen neuen Vorsitzenden bestimmen. Głowski hat aber bereits mitgeteilt, dass er die Arbeit des Ausschusses auch in seiner neuen Funktion unterstützen werde.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung des Deutsch-Polnischen Ausschusses in Warschau trafen sich zum Gruppenfoto

## Infos

Deutsch-Polnischer Ausschuss:

🌐 <https://www.rgre.de/rgre/ausschuesse/dpa>